

Gemeinsam denken – gemeinsam handeln

Entschiedenenes Zeichen gegen Hass und Hetze

Gesprächsrunde der Ministerpräsidentin anlässlich des Jahrestages der Morde in Hanau

(rt/pm) Am 19. Februar 2021 veranstaltete die Staatskanzlei eine Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der grausamen Morde in Hanau, die neun junge Menschen aus ihrem Leben gerissen und über ihre Familien viel Leid gebracht haben. „Dieses Attentat ist ein Angriff auf unsere offene und freie Gesellschaft, den wir so nicht hinnehmen. Wir finden uns in Rheinland-Pfalz mit Hass und Hetze nicht ab“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Unter dem Motto „Gemeinsam denken – gemeinsam handeln“ hatte sie zu einer Gesprächsrunde prominente Vertreter aus den Bereichen Migration und Integration in Rheinland-Pfalz geladen. Für den dbb beamtenbund und tarifunion, landesbund rheinland-pfalz, haben die stellvertretenden Landesvorsitzenden Peter Mertens und Robert Tophofen teilgenommen.

Der Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration, Miguel Vicente, unterstrich, dass solche grausamen Attentate wie das in Hanau Ausflüsse eines gewissen Nährbodens in der Gesellschaft seien: „Derlei Personen greifen Ideen auf und glauben, für eine stumme Mehrheit zu handeln. Sie beziehen vermeintlich ihre Legitimation aus Politik,



Robert Tophofen

Medien und ihrem privaten Umfeld.“

Der Landesvorsitzende des Verbandes Deutscher Sinti und Roma, Jacques Delfeld, rief dazu auf, Widerspruch zu leisten, wo immer menschenfeindliche Vorstellungen einem begegnen, sei es in unseren Familien, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz, im Verein, in der Schule oder anderswo.



Torsten Jäger vom Initiativausschuss Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz betonte, dass sich Rassismus und die Ideologie der Abwertung bereits in der Sprache manifestierten.



Peter Mertens

Wir im dbb registrieren zunehmend diese Verrohung und Enthemmung im Alltag: Angriffe auf Helfer von Feuerwehr, Sanitätsdienst, Polizei; Verbalattacken gegen die Bediensteten in Ämtern und Behörden oder der Kratzer im Auto der Lehrkraft, mit deren Note man nicht zufrieden ist. „Das Gedenken an Hanau ist für uns der Anlass, an alle Formen von Gewalt, Hass und Hetze zu erinnern!“, so der stellvertretende

dbb Landesvorsitzende Peter Mertens.

Einig waren sich die Teilnehmer, dass die Würde des Men-

schens und unser liberales Menschenbild immer wieder im öffentlichen Diskurs gestärkt werden müssen.

Miguel Vicente stellte fest: „Wir begegnen Rassismus und Menschenfeindlichkeit am wirkungsvollsten, wenn wir gemeinsam und klar hinter den Grundwerten unserer offenen und freien Gesellschaft stehen. Denn nichts beflügelt Rassisten und gewaltbereite Extremisten mehr als eine in ihren Grundsätzen verunsicherte Gesellschaft.“ Das Vertrauen in die Institutionen darf nicht erschüttert werden. „Wer etwa die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst diskreditiert, wer verbal oder gar physisch gewalttätig wird, auch der leistet seinen Beitrag zu dem Nährboden, dessen Auswüchse sich in so schrecklichen Ereignissen niederschlagen wie in Hanau“, so Robert Tophofen, der stellvertretende dbb Landesvorsitzende.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer schloss mit dem Appell, gemeinsam zu schaffen, dass etwas Neues beginne, nämlich eine Gesellschaft ohne Abwertung und Rassismus. In diesem Sinne unterstützen wir als dbb rheinland-pfalz den bereits im Januar 2020 ausgerufenen Regierungsschwerpunkt „Miteinander Gut Leben – Rheinland-Pfalz gegen Hass und Hetze“.

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst Augen auf!

Stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit

• **2. Februar 2021, Bitburg:**
Verletzte Frau attackiert Rettungskräfte und Polizisten

• **30. Januar 2021, Bad Breisig:**
Unbekannte zerstechen Reifen an Ordnungsamt-Dienstfahrzeug

• **12. November 2020, Worms:**
Maskenverweigerer-Quartett verprügelt Polizisten

• **12. November 2020, Worms:**
Betrunkene schlägt und tritt mehrere Polizeibeamte

• **11. November 2020, Bad Dürkheim:** 24-Jähriger schießt auf Polizisten – Widerstand bei anschließender Festnahme

• **17. Oktober 2020, Koblenz:**
Polizist bei Schlichtung von

Auseinandersetzung angegriffen

Das sind ein halbes Dutzend „rheinland-pfälzische“ Einträge in der Zeitleiste auf der Internetseite der Kampagne „Gefahrenzone Öffentlicher Dienst“ der dbb jugend nrw (www.angegriffen.info) seit dem 10. Oktober 2020, als ein brutaler Angriff auf Polizeibeamte in Andernach stattfand. Die Auflistung beinhaltet schlaglichtartig seither gut 100 Einträge aus dem gesamten Bundesgebiet und veranschaulicht in frappierender Weise, dass mehr Sicherheit für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dringend notwendig ist.

Das Problemfeld Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist groß und bedarf der

besseren Ausleuchtung durch öffentliche Arbeitgeber, Dienstherren, Politik und der dem öffentlichen Dienst gewogenen Öffentlichkeit.

Zusammen mit Moritz Pelzer, dem Landesjugendleiter der dbb jugend nrw, ist der dbb rheinland-pfalz der Ansicht, dass es nicht sein darf, dass Beschäftigte noch mit einem mulmigen Gefühl zur Arbeit, zum Dienst gehen. Staatsdienende und Mitarbeitende auch in den Rettungsdiensten verdienen Respekt und einen gewaltfreien Arbeitsplatz, denn sie repräsentieren den Staat und das bürgerschaftliche Gemeinwohl in ihren Aufgaben.

Schimpftiraden, frauenverachtende Sprüche, Morddrohun-

gen, Schläge und Schlimmeres dürfen angesichts der zunehmenden Verrohung in der Gesellschaft nicht als Berufsrisiko abgetan werden. Durchgängige Notfallkonzepte, bessere Unterstützung von Opfern durch Vorgesetzte, unterschiedlichere Anzeigen und Konsequenzen Aufarbeiten angezeigter Fälle durch die Justiz – das sind die wichtigsten Ansatzpunkte, um die es besonders gehen muss.

Als Erklärungspartner der Landesregierung im Rahmen der jährlichen Aktionstage „Mehr Respekt, bitte!“ gegen Gewalt gegen Beschäftigte und als Befürworter der Kampagne „Miteinander Gut Leben – Rheinland-Pfalz gegen Hass und Hetze“ appelliert der dbb rheinland-pfalz auch in der neuen Legislaturperiode an alle, unsere Gesellschaft vor Spaltung, Brutalität, Rücksichtslosigkeit und Radikalisierung zu schützen und so aktiv für Rechtsstaat und Demokratie einzutreten. ■

Frohe Ostern ...

... und einen hoffentlich leichteren Jahreslauf ...

... wünschen die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz und die „durchblick“-Redaktion

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir befinden uns im Jahr 2 der SARS-CoV-2/COVID-19-Pandemie. Der Umgang damit ist nach wie vor alles andere als leicht. Aber der damit verbundene Anpassungsdruck fühlt sich – ob aus Gewohnheit, aus Frühlingsstimmung oder entgegenesetzt aus Frustration – weniger stark an als vor einem Jahr.

Immerhin ist mit den Masseneimpfungen objektiv ein eindeutiger Weg aus der Krise aufgezeigt, unabhängig von Kritik an Konzeptionen und Strategien. Das lässt hoffen. Hoffen darauf, dass die Kontaktbeschränkungen und Einschränkungen

in absehbarer Zeit reduziert und abgeschafft werden können. Hoffen darauf, dass den Menschen ihr Miteinander, den Kindern ihre Jugend und der Gesellschaft ihre wirtschaftliche sowie soziale Entfaltung wieder besser möglich werden. Und hoffen darauf, dass uns allen in Nach-Corona-Zeiten der Mut, die Mitziehbereitschaft und die Kraft nicht verlassen, um die Krise zu bewältigen, um sie abzuwickeln.

Schäden und gesellschaftliche Herausforderungen sind unzweifelhaft Folge der Krise. Solidarität ist weiterhin wichtig und wird immer wichtiger.

Damit, mit Zusammenhalt und Zusammengehörigkeit, kennen wir uns beim dbb als Gewerkschaftsmitglieder, Funktions-tragende, Ehrenamtliche, als Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer gut aus.

Viel haben wir in den vergangenen Monaten mitgemacht. Sehr viel haben wir geleistet. Außerordentliches wurde in schwieriger Zeit quer durch den öffentlichen Dienst und gemeinsam als Bürgerinnen und Bürger bewerkstelligt. Und wir sind noch nicht am

Ziel, was die Pandemie anbetrifft. Aber wir sind sozusagen trainiert.

Freuen wir uns über ansteigende Impfquoten. Wappnen wir uns für die nächsten Runden, in denen dem Virus weiter Einhalt zu gebieten ist und Scherben in gemeinsamer Anstrengung aufgekehrt werden müssen an vielen Stellen.

Lassen Sie uns zusammen weiter entschieden am Ball bleiben, um die Pandemie sowie ihre Folgen zu überwinden.

In diesem Sinne wünschen wir ein frohes, schönes Osterfest und einen sonnigen, vielleicht sogar etwas beschwingten Sommer. ■

Landtag Rheinland-Pfalz

Corona-Wahl 2021



„Ampel-Koalition“ kann weiter regieren/Gewerkschaftsarbeit geht ungebremst weiter

(mh) Das „Super-Wahljahr“ ist mit den Landtagswahlen am 14. März 2021 in Deutschland eingeläutet worden.

Ergebnis

Das vorläufige amtliche Endergebnis für Rheinland-Pfalz lautete am Tag nach der Wahl:

- SPD 35,7 Prozent (-0,5)
- CDU 27,7 Prozent (-4,1)
- Grüne 9,3 Prozent (+4,0)
- FDP 5,5 Prozent (-0,7)
- FW 5,4 Prozent (+3,2)
- AfD 8,3 Prozent (-4,3)
- Die LINKE 2,5 Prozent (-0,3)
- Sonstige 5,7 Prozent (+2,9)

Bei 101 Sitzen im Landtag Rheinland-Pfalz ergibt sich folgende Sitzverteilung:

- SPD 39 Sitze
- CDU 31 Sitze
- Grüne 10 Sitze
- FDP 6 Sitze
- FW 6 Sitze
- AfD 9 Sitze

Die Wahlbeteiligung lag mit 64,4 Prozent unter dem Wert von 2016 (70,4 Prozent).

Die SPD bleibt stärkste Kraft, die CDU verzeichnet deutliche Verluste bei ihrem schlechtesten Ergebnis der bisherigen Landtagswahlen, die Grünen sind drittstärkste Partei mit deutlichem Zugewinn und die freien Wähler kommen erstmals in den Landtag und das deutlich. Für die FDP wurde es nochmals enger im Vergleich zur Wahl 2016. Die AfD fällt zurück.

Corona hat die Landespolitik erwischt. Ein schwieriger Wahlkampf ohne direkte Kontakte zu den Wählenden bestimmte das Vorfeld, die Briefwahl brach Rekorde. Trotzdem fiel die Wahlbeteiligung noch-

mals zurück und zwar um sechs Prozentpunkte im Vergleich zur vorherigen Wahl.

Während die SPD trotz bundesweiten Schwächelns als Platzhirsch mit Landesmutter-Malu-Faktor und stark auf die Ministerpräsidentin zugeschnittenem Wahlkampf als Corona-Bekämpferin punkten konnte, bekamen Bündnis 90/ Die Grünen nicht den Klimaschutz- und bundespolitischen Rückenwind, den manch einer ihnen vorab zugerechnet hatte. Die gerichtlich sanktionierte kommunale Unterfinanzierung sowie die Beförderungsaftäre haften der Ampel offensichtlich nicht dauerhaft an aus Wählersicht. Der CDU blies der bundespolitische Wind mit voller Wucht entgegen und sie musste sich mit dem Spitzenkandidaten Christian Baldauf arg mühen, dagegen zu kreuzen. Dabei hatten viele Briefwählende ihr Kreuzchen schon gemacht, als die Transparenz- und Compliance-Fettnäpfe auf bundespolitischer Bühne kurz vor dem Wahltermin überliefen. „Bringerthemen“ aus dem sachpolitischen Vorratskasten konnte die Union nicht wirkungsvoll auf's Tapet bringen, sofern sie überhaupt drin waren. Davon werden die Freien Wähler profitiert haben, die sich mit kommunaler Vor-Ort-Kompetenz als neuer Besen positionieren konnten, auch durch einen in der SWR-Wahlkampfunde geschickt auftretenden Spitzenkandidaten Joachim Streit. Die FDP schafft es mit dem Nimbus des liberalen Ampelkorrektivs oder als koalitionsfreudiges „Zünglein an der Waage“ in den Landtag. Der stark verringerte, aber immer noch vergleichsweise hohe Stimmenteil für die AfD ist bedenklich.

Verhaltene „Corona-Stimmung“

Gefühlt hat sich eine pandemieinduzierte „Corona-Lähmung“ des politischen Lebens bemächtigt. Eine verhaltene Stimmung, selbst bei den Wahlsiegern, ist nicht auf ausgefallene Wahlpartys oder auf einen schicklichen „Pandemieton“ zurückzuführen, sondern auf den nun seit mehr als einem Jahr herrschenden Anpassungsdruck mit seinem Reaktionszwang, auf das alles Beherrschende der Anti-Virus-Maßnahmen und auf das (notgedrungene) Unbeackertbleiben anderer Politikfelder. Ein Aufbruchgefühl kommt da nicht auf. Der Wähler honorierte zugunsten der SPD relativ gute Impfquoten und pünktlich zum Wahltermin greifende bzw. in Aussicht gestellte Lockdown-Lockerungen sowie – notwendige – mediale Omnipresenz der Ministerpräsidentin in der Corona-Krise. Die CDU konnte keinen Honig daraus saugen, dass die Umsetzer des Krisenmanagements in den Kommunen sitzen, wo sie überwiegend stärkste Kraft ist.

Und jetzt? Die FDP wird im Falle der Fortführung der Ampel-Koalition vermutlich etwas abgeben müssen, die Grünen bekommen etwas hinzu und die SPD als Seniorpartner kann „durchregieren“.

Dicke Bretter bohren

Für den dbb rheinland-pfalz bedeutet das Landtagswahlergebnis, dass der Regierungskurs, mit dem sich die Interessenvertretung im Sinne der Mitgliedsgewerkschaften und -verbände für die Einzelmitglieder auseinanderzusetzen hat, derselbe bleibt. Kontinui-

tät ist zu erwarten, geprobte Rollen können weiter ausgefüllt werden und gewohnte Gesprächspartner werden zu einem guten Teil die alten bleiben.

Aber das kann nicht bedeuten, einfach nur „Weiter so“ zum Programm zu machen. In der Pandemie leistet der öffentliche Dienst Außergewöhnliches, jeden Tag, rund um die Uhr. Das ist in weiten Teilen und über lange Strecken alles andere als einfach und erfordert Kraft sowie Durchhaltenwillen. Dass dabei ganz andere Politik- und Rechtsfragen auftauchen, haben inzwischen alle begriffen. Zusammen sind wir solidarisch am Ball, um weiter voranzukommen. Aber auch „normales“ Gewerkschaftsgeschäft bleibt notwendigerweise und vor dem Hintergrund der Pandemie verschärft auf der Tagesordnung. So stehen im Herbst die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder an und sodann die Übertragung des hoffentlich zügig erreichten Ergebnisses auf die Besoldung und Versorgung der Landes- sowie Kommunalbeamten. Und wenn es um's Geld geht, dann wird das Coronavirus mit dazwischenfunken, denn dessen Bekämpfung und der Ausgleich für infektionsschutzbedingte Restriktionen sind teuer, Verteilungskampf programmiert. Es muss darum gehen, faire und gerechte Lösungen zu erzielen und dem Personal im öffentlichen Dienst als systemrelevanten Garanten öffentlicher Daseinsvorsorge, Ordnung und Sicherheit das zuteilwerden zu lassen, was es unbenommen verdient, gerade in der Corona-Krise. Dafür setzt sich die dbb Familie parteipolitisch unabhängig ein. Mit der Ampel haben wir Erfahrung. ■